



uster

Gemeinderat

Protokoll

**16. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 1. Oktober 2007, 19:00 Uhr,
Gemeinderatssaal**

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Ersatzwahl Kommission Planung und Bau für die austretenden Mitglieder Patricia Bernet und Marc Meyer
- 4 Beitrag an die Prävention und Dezentrale Drogenhilfe (Antrag Nr. 134)
- 5 Schulhausanlage Talacker, Ergänzung Aussenanlagen (Antrag Nr. 133)
- 6 Beantwortung Postulat Nr. 512 des Ratsmitgliedes Julia Amherd: Unterstützung aller Sportvereine in Uster welche mit Kindern und Jugendlichen trainieren, Beantwortung
- 7 Beantwortung Postulat Nr. 516 des Ratsmitgliedes Benno Scherrer betreffend Schaffung einer Fussgängerzone in Usters Zentrum, Beantwortung
- 8 Postulat Nr. 533 des Ratsmitglieds Elsbeth Hürlimann betreffend Überdachung der Stehrampe Stadion Buchholz
- 9 Postulat Nr. 534 des Ratsmitglieds Werner Hürlimann betreffend Radweg nach Freudwil

Präsenz

Vorsitz	Werner Hürlimann, Präsident
Protokoll	Kathrin Lackner, Parlamentssekretärin
Anwesend	34 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Heinz Wolfensberger, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Entschuldigt	Robert Alge Martin Gasser
Presse	Christian Brändli, AvU Werner Frei, ZO Nicole Roos, TA Frank von Niederhäusern, SDA

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

Änderung Traktandenliste/Tagesordnung

Antrag Christan Keller; Traktandum Nr. 7 wird von der Traktandenliste gestrichen und zusammen mit dem Antrag Nr. 136, Bericht des Stadtrates betreffend «Betriebs- und Gestaltungskonzept des öffentlichen und privaten Verkehrs im erweiterten Zentrum» behandelt.

Ordnungsantrag von Gemeinderat Christian Keller zur Traktandenliste betreffend

Traktandum 7: Postulat Nr. 516 des Ratsmitglieds Benno Scherrer betreffend Schaffung einer Fussgängerzone in Usters Zentrum, Beantwortung

Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen

Hiermit stelle ich den Antrag, Traktandum 7, Postulat des Ratsmitglieds Benno Scherrer betreffend

Schaffung einer Fussgängerzone in Usters Zentrum, Beantwortung (Postulat Nr.516) von der heutigen Traktandenliste abzusetzen und an einer der nächsten Sitzungen, zusammen mit dem Bericht des Stadtrats betreffend Betriebs- und Gestaltungskonzept des öffentlichen und privaten Verkehrs im erweiterten Zentrum (Antrag 136) zu behandeln:

Begründung:

Die beiden Geschäfte stehen in einem engen thematischen Zusammenhang. Eine fundierte, dem Thema gerecht werdende Diskussion der Postulatsantwort wird sich daher zwangsläufig immer wieder auf Inhalte des Antrags 136 beziehen müssen. Es ist daher sinnvoll, diese beiden Geschäfte im Rahmen einer Sitzung zu behandeln.

Ich bitte Sie, diesen Antrag zu unterstützen.

Christian Keller, Mitglied FDP/CVP-Fraktion

Es referiert Benno Scherrer für die GLP/EVP-Fraktion.

Sehr geehrter Präsident
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen

Das Postulat, welches die P einer Fussgängerzone im Z von Uster verlangt, hat viel positives Echo ausgelöst. Die Ustermerinnen und Ustermer wünschen sich eine Flaniermeile.

Wir haben die Diskussion dazu angeregt, der Stadtrat hat einen Bericht verfasst – und schlägt Massnahmen vor. Heute ist vorgesehen, diesen Bericht zu diskutieren – um dem Stadtrat „Feedback“ zu geben. Sie wollen die Diskussion aufschieben – ich verstehe nicht weshalb. Dass Uster ein attraktives Zentrum braucht, darin sind sich wohl alle einig. Sie wollen die Diskussion darüber hinauszögern.

Uster hat noch andere Verkehrsprobleme, nur, sobald eine Barriere mit in die Diskussion kommt, oder eine Umfahrung, dann sind wir uns nicht mehr einig.

Sie wollen nicht über die Vorschläge ihrer Stadträte zur von uns angeregten Attraktivitätssteigerung des Zentrums reden.

wir schon. Die EVP/GLP-Fraktion wird den Antrag auf Verschiebung ablehnen.

Benno Scherrer Moser, Gemeinderat Grünliberale

Abstimmung

Der Antrag auf Verschiebung von Traktandum 7, «Beantwortung Postulat Nr. 516 des Ratsmitgliedes Benno Scherrer betreffend Schaffung einer Fussgängerzone in Usters Zentrum» wird vom Gemeinderat mit 26 Stimmen unterstützt.

Persönliche Erklärungen:

Werner Egli, SVP.

Durchfahrt Uster erschwert!

Wer nach Uster fährt der sieht sich an den meisten Eingangsachsen mit einer grossen roten Hinweistafel „Durchfahrt Uster erschwert“ konfrontiert. Wer dabei meint, dass diese Tafeln nur im Zusammenhang mit dem Greifenseeelauf aufgestellt worden sind, täuscht sich.

Dass im Zusammenhang mit dem Bau des Kreisel Oberlandstrasse etc. Einschränkungen im Strassenverkehr hingenommen werden müssen, ist verständlich. Doch nach dem kürzlichen Communiqué des Strasseninspektorates der Stadt Uster vom 26.9.2007 dauert das Ganze noch einige Zeit, wenn nicht einige Monate bis eine Beruhigung der überaus schwierigen Verkehrslage zu verzeichnen ist. So wird u.a. geschrieben: „Spätestens ab Weihnachten kann der Kreisel wieder normal befahren werden“.

Wer nun nach Uster fahren will oder Uster durchqueren muss, wird sich, bei Betrachtung der Hinweistafeln zweimal überlegen, ob er in die City fahren soll oder ob er nicht lieber seine Einkäufe und damit auch die kommenden Weihnachtseinkäufe anderswo in benachbarten Einkaufszentren in Volketswil oder im Glatt erledigt.

Der Detailhandel in Uster wird ab diesen Verkehrssignalisationen ausserhalb und innerhalb Uster für eine nicht sehr frohen Weihnachtszeit entgegensehen können. Gerade die letzten drei Monate im Jahr sind doch für den Detaillisten fast lebens- oder überlebenswichtig.

Immer wieder manifestiert der Stadtrat seine Wirtschaftsfreundlichkeit. Sind dies nur Lippenbekenntnisse oder wo ist hier die Gewerbefreundlichkeit, wo ist den hier auch der Wirtschaftsförderer zu finden, welcher sich den Sorgen der Detaillisten im Zentrum Brunnehof annimmt?

Wo sind da schnelle und unbürokratische Taten um die Bautätigkeiten rund um die Oberlandstrasse in konzentrierter und damit kürzerer Zeit zu erledigen? Wo sind hier die Interventionen des Vorstandes des Gewerbeverbandes Uster zu finden? Vermutlich ist dieser mit der neuen Weihnachtsbeleuchtung beschäftigt, die ja massgeblich vom Gewerbe und somit auch vom Detailhandel mitzutragen ist.

Frohe Weihnachten Stadtrat Uster, frohe Weihnachten Gewerbeverbandsvorstand.

Werner Egli, Gemeinderat SVP, Wermatswil

Fraktionserklärung(en):

Fluglärm über Uster Fraktionserklärung FDP-CVP, Cla Famos

Sehr geehrter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen

Es ist mittlerweile sonnenklar. Seit dem letzten Oktober hat der Flugverkehr über Uster massiv zugenommen, und zwar besonders am Abend. Die Veränderungen sind unüberhörbar. Beunruhigend ist dabei insbesondere die steigende Tendenz und die schleichende Einführung dieses Überflugs von Uster.

Vor einigen Tagen hat der Stadtrat nun Stellung genommen und seine Position erläutert. Er setzt sich dafür ein, dass die Wohn- und Lebensqualität unserer Stadt weiterhin erhalten bleibt. Unsere Fraktion unterstützt den Stadtrat in diesem Bemühen. Er erwartet aber, dass sich der Stadtrat massiv, deutlich und mit einem Sinn für das Machbare einsetzt, dass Uster im Fluglärmepoker nicht ins Hintertreffen gerät.

Für uns alle ist klar: Der ursprüngliche Nordanflug wäre sicher die beste Variante, weil am wenigsten Bewohner gestört würden. Aber wenn der Stadtrat immer noch allen Ernstes mit dieser Variante rechnet, ist damit für Uster sicher nichts gewonnen. Das Fluglärmforum Süd, in dem Uster Mitglied ist, setzt sich gegen den Südanflug, für die Nordausrichtung und – und hier wird es eben heikel – für einen gebündelten Anflug von Osten her ein. Hat der Stadtrat genügend bedacht, dass Uster ganz offensichtlich vom Ostanflug tangiert ist, während andere Gemeinden dieses Forums, wie die Zürichseegemeinden dies viel weniger sind? Ist wirklich zu erwarten, dass Skyguide die Flugzeuge in Zukunft präziser kanalisiert und weiter östlich einreicht, damit das dicht besiedelte Gebiet über der drittgrössten Stadt weniger tangiert wird? Nach aller Erfahrung führt in der Ausmarchung um die sinnvolle Verteilung des Fluglärms nur ein wirksamer Einsatz für die eigenen Interessen zum Ziel. Unsere Fraktion wird deshalb das Vorgehen des Stadtrates weiterhin kritisch beobachten. Mit dem Ziel, dass Uster nicht Zweiter macht und plötzlich oder schleichend mit steigendem Fluglärm und sinkender Lebensqualität konfrontiert wird. Usters Standortqualität hängt heute wesentlich davon ab, dass unsere Exekutive entschieden und mit Weitsicht die Interessen unserer Stadt wahrt. Das erwarten wir vom Stadtrat.

Cla Reto Famos

Zur Information: Die Stellungnahme des Stadtrates

Der Stadtrat von Uster setzt sich für den gekröpften Nordanflug und einen sauber geflogenen Anflug von Osten ein.

Seit dem letzten Oktober gehen beim Stadtrat von Uster vereinzelt Reklamationen ein, dass der Fluglärm zunehme, und die Sicherheit der Bevölkerung durch vermehrtes Überfliegen des Stadtgebietes gefährdet sei. In der Tat zeigen die von Unique (Flughafen Zürich AG) aufgezeichneten Flugbewegungen, dass durch den ILS-Anflug auf die Piste 28 mehr Flugbewegungen über Uster zu verzeichnen sind.

Der Stadtrat hat sich einmal mehr eingehend mit der Fluglärmproblematik auseinandergesetzt. Sein erklärtes Ziel ist es, die hohe Wohn- und Lebensqualität der Stadt Uster zu erhalten. Dazu gehört auch, dass die Einwohnerschaft vor Lärm so weit wie möglich verschont bleibt.

Gekröpfter Nordanflug

Der Stadtrat hält den Anflug von Norden über deutsches Gebiet nach wie vor für die umweltverträglichste und beste Variante, da der Nordanflug mit Abstand am wenigsten Personen tangiert. Wegen der unverständlicherweise fehlenden Kompromissbereitschaft von Deutschland setzt sich der Stadt-

rat vehement für den gekröpften Nordanflug ein.

Frühzeitig und möglichst hoch kanalisierter Ostanflug

Erst wenn die beiden vorgenannten Anflugverfahren nicht realisierbar sind, ist – an Stelle des Süd-anfluges – der Ostanflug zu dulden. Der Stadtrat ist jedoch der klaren Ansicht, dass der Streubereich des gebündelten Anflugs auf den ILS-Strahl viel zu breit ist und fordert deshalb, dass Skyguide die Flugzeuge präziser und kanalisierter zum ILS-Strahl führt. Überdies soll der Punkt, wo die anfliegenden Maschinen auf den ILS-Strahl einfädeln, in grösserer Höhe und östlicher festgelegt werden. Das hätte zur Folge, dass weniger Menschen belästigt würden. Schliesslich fordert der Stadtrat eine strengere Überwachung der Disziplin der Piloten. Diese Forderungen richtet der Stadtrat Uster schriftlich an Skyguide, an das BAZL und an die Flughafenbetreiberin Unique.

Gleiche Stossrichtung wie Fluglärmforum Süd

Mit seinen Forderungen liegt der Stadtrat ganz auf der Linie des Fluglärmforums Süd, zu dessen Mitgliedern er seit der Gründung im Jahr 2000 gehört. Der Verein setzt sich konsequent für die Nordausrichtung und für einen gebündelten Anflug von Osten her ein. Ebenfalls setzt er sich dafür ein, dass die Piste 32, über welche ein Anflug des Flughafens direkt über Uster möglich ist, nicht realisiert wird.

Der Ausbau der Piste 28 ist frühestens im Jahre 2021 nach einem Entscheid an der Urne zu erwarten. Bis dann erhofft man sich mit neuen Anflugverfahren und Flugzeugen mit reduziertem Lärm eine markante Verbesserung der Immissionslasten.

Datum der Neuigkeit 13. Sept. 2007

1 Mitteilungen

In der Aktenaufgabe liegen auf:

- Zeitschrift «Zämehebe» Werkheim Uster, September 2007

Der Präsident informiert über ein Schreiben des Stadtrates in welchem er über den Entscheid informiert, auf das Sponsoring im Geschäftsfeld Sport zu verzichten.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 15. Sitzung des Gemeinderates vom 10. September 2007 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 66 Ziff. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3 Antrag der interfraktionellen Konferenz betreffend Ersatzwahl Kommission Planung und Bau für die austretenden Mitglieder Patricia Bernet und Marc Meyer

Rolf Denzler schlägt namens der IFK Walter Strucken und Jonas Schmid (beide SP) vor.
Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Abstimmung:

**Als Mitglieder der Kommission Planung und Bau für den Rest der Amtsdauer werden mit
31 : 0 Stimmen gewählt:**

- **Walter Strucken, SP**
- **Jonas Schmid, SP.**

4 Antrag der Sozialbehörde betreffend Beitrag an die Prävention und Dezentrale Drogenhilfe (Antrag Nr. 134)

Für die Kommission Gesundheit und Soziales referiert Werner Kessler.

Die Kommission dankt Frau Stadträtin Barbara Thalmann und Armin Manser für die Ausführungen und Beantwortung offener Fragen.

Da es sich bei diesem Antrag in der Kommission um ein unbestrittenes Geschäft handelt, verzichte ich auf detaillierte Ausführungen, die Sie bitte dem vorliegenden Antrag entnehmen möchten.

Wie an der Volksabstimmung im Jahr 2000 genehmigt, laufen die verschiedenen Projekte erfolgreich, wurden bereits 2 Mal den Bedürfnissen angepasst und verlängert. Im vorliegenden Antrag geht es um eine Verlängerung bis 2011.

Das wichtigste Thema ist zurzeit die Sucht- und Gewaltprävention. Bei beiden ist die Stadtpolizei verpflichtet, Meldung an die Vormundschaftsbehörde und weiter an den Fachmann für Gewaltprävention zu erstatten. Dieser sucht mit den betroffenen Personen u. Betreuungspersonen das Gespräch u. trifft Abklärungen. Vor allem beim Rauschtrinken sind Eltern froh, dass man ihnen Hilfestellung bietet und die nicht als Affront empfunden wird. Dies beinhaltet auch eine dauernde Zusammenarbeit mit den Schulen. Es werden Projekte erarbeitet und delinquente Schüler u. Schülerinnen in Kursen mit der Thematik konfrontiert. Diese Suchtpräventionsstelle ist seit 1995 Federführend im Kanton Zürich.

Im weiteren wurde festgestellt, dass nach Rückgängigen Spritzenbezügen bis 2005 von 2600 Stück im Jahr 2006 die Bezüge auf 4600 explodiert sind. Nach Auskunft von Armin Manser ist nicht immer klar, wofür die bezogenen Spritzen schlussendlich gebraucht werden, oftmals werden diese scheinbar auch für Tätowierungen eingesetzt u. die Spritzenautomaten in Uster werden auch vermehrt von auswärtigen Personen genutzt. Der Anteil Drogenabhängiger, die Heroin Intravenös injizieren, hat aber nicht zugenommen.

Im Antrag auf Seite 6 kam auch die vermehrte Nachfrage zum Jobbus sowie die zu erwartende Entwicklung zur Sprache. Diese ist gemäss Armin Manser stark vom aktuellen Arbeitsmarkt abhängig. Aktuell läuft der Jobbus gut, deshalb können auch viele Personen beschäftigt werden, mit dem Ziel, dass diese auf dem Arbeitsmarkt bald wieder Fuss fassen.

Zur Sprache kamen auch die um 10% gestiegenen Lohnkosten. Gemäss Armin Manser richten sich diese nach der kantonalen Verordnung und Teuerung.

Die Personen, die das Angebot des begleiteten Wohnens beanspruchten, sind in den letzten Jahren immer etwa gleich und selten ein ganzes Jahr im Angebot geblieben. Das begleitete Wohnen schafft Tagesstrukturen und stellt sicher, dass die Leute arbeiten gehen, dies mit dem klaren Ziel ein eigenständiges Wohnen zu fördern.

Die Kommission hat den vorliegenden Antrag einstimmig gut geheissen u. empfiehlt diesen dem Gemeinderat zur Annahme.

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert Rolf Graf.

Bericht aus der RPK zum Antrag der Sozialbehörde betreffend Beitrag an die Prävention und Dezentrale Drogenhilfe

Herr Präsident,
Geschätzte Anwesende

Auch in der RPK wurden wir – wie eben hier im Parlament – durch ein Mitglied aus der KSG über den Verlauf der Beratung in der Sachkommission informiert. Da das Geschäft in der Sachkommission unbestritten war, verzichtete der RPK Präsident auf die Einladung der zuständigen Stadträtin.

Auch in der RPK gab das Geschäft keine grossen materiellen Fragen. Alle anerkennen die Leistungen der beiden Trägerschaften und wissen um deren Bedeutung in unserer Gesellschaft.

So empfiehlt Ihnen die RPK auch einstimmig dem Antrag zuzustimmen.

Zu Reden gab einzig die Darstellung des Antrags selber. Er wird als wenig übersichtlich empfunden. So gehe nicht „prima vista“ daraus hervor, dass das Geld für zwei verschiedene Trägerschaften bestimmt sei. Zudem sei es für RPK-Mitglieder – die halt primär einen „Zahlenfokus“ haben - nicht ganz einfach gewesen die verschiedenen Teilbeträge aus dem Text herauszusuchen.

Lassen sie mich daher nochmals eine kurze Auslegeordnung machen.

Die Leistungen für den Kredit werden von zwei Trägerschaften erbracht.

Zum einen dem Verein für Prävention und Drogenfragen.

Zur Finanzierung der Suchtpräventionsstelle erhält der Verein pro EinwohnerIn CHF 2.90 oder max. CHF 90'000 pro Jahr also CHF 360'000 in vier Jahren.

Zum anderen die Stiftung Netzwerk

Sie erhält zur finanziellen Absicherung ihrer Angebote CHF -.70 pro EinwohnerIn oder max. CHF 22'000 pro Jahr also CHF 88'000 in vier Jahren.

Für den von dieser Stiftung betrieben Job Bus sprechen wir zudem einen Kredit von max. 15'000 pro Jahr also max. CHF 60'000 in vier Jahren zur Deckung von Tagespauschalen Ustermer Teilnehmenden ohne finanzielle Unterstützungsleistungen.

Die Addition dieser drei Teilbeträge ergibt die Jahreskredit von CHF 127'000 pro Jahr resp. 508'000 in den Jahren 2009 – 2011.

Wie gesagt, die RPK empfiehlt Ihnen einstimmig, dem Antrag zuzustimmen.

Lehmann Stefan, FDP-Gemeinderat:

FDP/CVP Stellungnahme zum Antrag Nr. 134 der Sozialbehörde für den Beitrag an die Prävention und Dezentrale Drogenhilfe

Herr Präsident

sehr geehrte Damen und Herren

Die FDP/CVP-Fraktion stimmt diesem Geschäft einstimmig zu.

Sie anerkennt die erreichten Ziele der bisher umgesetzten Drogenpolitik in den vergangenen 10 – 15 Jahren. In Uster sind Drogenkonsumenten anzahlmässig deutlich tiefer und eigentlich bei den involvierten Behörden bekannt. Daher ist es auch löblich, wenn die Strukturen von sich aus, also durch den VDZO, angepasst werden. Es ist bereits genannt worden, Schliessung Notschlafstelle, Integration Büro-Job in den Verein ALSO, Reduktion Vorstand und Integration des Vereinssekretariats in die Suchtpräventionsstelle.

Mit der neuen Namensgebung Verein für Prävention und Drogenfragen zeigen die Verantwortlichen Innovationsfähigkeit. Sie passen sich den neuen gesellschaftlichen Veränderungen an und unterstützen u.a. die Schulen, aber auch die Stadt bei Grossanlässen wie z.B. dem Stadtfest mit Beratungen hinsichtlich erhöhter Gewaltbereitschaft und -konfliktproblemen.

In den umliegenden Gemeinden sind bereits zustimmende Abstimmungen erfolgt. Wir wollen dies heute Abend auch tun und stimmen diesen Geschäft zu.

Stellungnahme der SP-Fraktion, es referiert Julia Amherd.

Einführung

Die Anzahl suchtkranker Menschen hat sich in den letzten Jahren reduziert. Glücklicherweise! Diese Reduktion lässt sich einerseits mit dem Älterwerden der Konsumenten illegaler Drogen und mit dem Trend weg vom Heroin erklären. Andererseits hat die intensive Präventionsarbeit der letzten Jahre dazu beigetragen, dass junge Neueinsteigerinnen und Neueinsteiger die illegale Drogen konsumieren, die Ausnahme darstellen.

Hauptteil

Damit die Sozialziele gemäss der Bundesverfassung, die bekanntlich auch für die Stadt Uster gelten, erreicht werden können, ist es unabdingbar, Einrichtungen wie die Suchtpräventionsstelle und die Stiftung Netzwerk finanziell zu unterstützen. Zumal die Zuwendungen von 127 000 Fr. pro Jahr ein Pappenstil sind im Vergleich der Kosten die entstehen würden, gäbe es z. B. keine Beratung und Begleitung der Schulen zum Umgang mit Suchtmittelkonsumierenden Schülerinnen und Schüler.

Neben der Suchtprävention gilt auch die Überlebenshilfe als wichtiges Element unserer Gesellschaft. Die Stiftung Netzwerk leistet in diesem Bereich wertvolle Unterstützung. Z. B. bietet der Jobbus erwerbslosen Menschen mit Sucht- und/oder psychischen Problemen Arbeitsmöglichkeiten an. Die Arbeit vermag eine Tagesstruktur und ein Gefühl des Gebrauchtwerdens zu vermitteln. In der Auffangwohngruppe oder im begleiteten Wohnen finden suchtkranke oder psychischkranke Menschen eine strukturierte Wohnform, abseits der Obdachlosigkeit. Diese Wohn- und Arbeitsformen unterstützen die soziale und wirtschaftliche Reintegration der betroffenen Menschen. Und sind ein Teil der Basis für den sozialen Frieden.

Schluss

Natürlich sollen die ausgewiesenen Angebote fortgeführt werden. Für eine gesunde, möglichst suchtfreie Zukunft der Kinder und Jugendlichen unter uns und für eine Solidarität mit den erwerbslosen und/oder kranken Mitmenschen unter uns.

Simone Michel, Grüne:

Vieles wurde zum vorliegenden Antrag bereits gesagt und alle sind sich einig. Das Bewährte wird sichergestellt. Die Verlagerung von mehr Suchtabhängigen vom Heroin zum Kokain zeichnet sich ab. Die Prävention ist in diesem Bereich umso wichtiger, da die Einstiegsschwelle beim Kokain sehr tief ist. Sie dankt an dieser Stelle für die Arbeit dieser Institutionen.

Daniel Hunziker spricht für die EVP/GLP-Fraktion:

Herr Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen

Zentrale Ziele der Prävention und dezentralen Drogenhilfe ist ein drogenfreies Leben und die Bewahrung vor Verelendung. Oberflächlich gesehen könnte der Name Drogenhilfe aber ein falsches Bild hervorrufen, wird da beim Umgang mit Drogen geholfen oder steht die Hilfe zum Ausstieg an erster Stelle? Der Name Ausstiegshilfe wäre wohl passender.

Doch die Angebote der verschiedenen Organisationen im Bezirk Uster überzeugen inhaltlich.

- Sie sind professionell geführt.
- Sie passen sich den geänderten Bedürfnissen an. (z.B. Schliessung von Notschlafstellen, neue Kurse für Gewaltprävention)
- Sie setzen auf verschiedene Finanzierungsquellen.

Der geforderte jährliche maximale Beitrag von CHF 127'000 ist nachhaltig gut investiert.

Das Geld hilft durch Präventionsmassnahmen und der Begleitung von Suchtkranken menschliche Schicksale zu verhindern oder zu kleinern. Für die Stadt Uster bezahlt sich dieser Beitrag neben der erwähnten Förderung der Gesundheit auch finanziell aus, denn es verhindert teurere Folgekosten.

Stellungnahme SVP/EDU-Fraktion, es referiert Tobias Deininger.

Sehr geehrter Herr Gemeindepräsident
Sehr geehrte Ratsmitglieder

Ende dieses Jahres läuft der Gesamtkredit von 510'000 Franken für die Jahre 2005-2007 als Beitrag für die Dezentrale Drogenhilfe und Prävention im Zürcher Oberland ab.

Die Arbeit der Prävention und Dezentralen Drogenhilfe ist immer noch sehr wichtig, vor allem in den Bereichen Prävention und Überlebenshilfe.

Damit auch weiterhin effizient in diesen Bereichen gearbeitet werden kann, benötigt es einen neuen Kredit von 508'000 für die Jahre 2008-2011.

Wir von der SVP/EDU Fraktion unterstützen diesen Antrag.

Stadträtin Barbara Thalmann Stammabch freut sich, dass der Antrag einstimmig gutgeheissen wird. Sie entschuldigt sich, dass die Kostenaufstellung nicht klar ersichtlich war und bedankt sich bei Rolf Graf für die saubere Zusammenfassung. Die Fr. 22'000 für die Stiftung Netzwerk komme ja insofern der Stadt direkt wieder zu gute, als bei der Kostengutsprache eine Taxermässigung erfolgt.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 33 : 0 Stimmen

- 1. An die Prävention und die dezentrale Drogenhilfe im Zürcher Oberland für die Jahre 2008 - 2011 wird ein Beitrag von max. 127 000 Franken pro Jahr bzw. total 508 000 Franken geleistet**
- 2. Mitteilung an die Sozialbehörde**

5 Antrag der Primarschulpflege betreffend Schulhausanlage Talacker, Ergänzung Aussenanlagen (Antrag Nr. 133)

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert Walter Meier.

Sehr geehrter Präsident
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen

Die Primarschulpflege beantragt Fr. 435'000 für die Ergänzung der Aussenanlagen im Bereich der Schulanlage Talacker. Dieser Antrag hat eine längere Planungsgeschichte hinter sich, er wurde bereits mehrmals überarbeitet. Geplant war ein Volleyballfeld und eine 80-m-Laufbahn mit Weitsprunganlage mit Materialschopf. Und dafür sind in der Investitionsplanung Fr. 300 000.— eingestellt.

Dann kam das neue Volksschulgesetz und mit dem neuen Gesetz neue Anforderungen an die Schule: vor allem der Unterricht in Blockzeiten und die Tagesstrukturen fordern mehr Platz. Um das oben erwähnte Projekt verwirklichen zu könnten, hätte der Pavillon auf dem Gelände der Schulanlage Talacker abgerissen werden müssen. Mit Blockzeiten und Tagesstrukturen war die Primarschulpflege aber froh um den Platz, es mussten keine neuen Schulzimmer hergezaubert werden, es genügte, den Pavillon zu sanieren.

Weil der Pavillon stehen blieb, konnte die 80-m-Bahn nicht am vorgesehenen Standort verwirklicht werden, also neu planen. Und jetzt kam der Wunsch nach einem „Aussenschulzimmer“ dazu. Somit umfasst der vorliegende Antrag folgende Punkte:

- ca. 145' für eine 60-m-Laufbahn
- ca. 130' für die Sanierung des Basketballfeldes
- ca. 40' für das Aussenschulzimmer
- ca. 30' Baumpflanzungen (18 Bäume und Rasenergänzung)
- ca. 90' für Honorare, Projektleitung, Reserve und Diverses

Total Fr. 435 000

In der Kommission wurden vor allem folgende Themen diskutiert:

- Die Honorarsumme von fast Fr. 60'000 scheint einzelnen Kommissions-Mitgliedern sehr hoch zu sein; Antwort der Primarschulpflege: die Honorarsumme richtet sich nach der Bausumme; eine Auflistung des voraussichtlichen Stundenaufwandes ist hinterlegt.
- Welche Vorgaben gibt der Lehrplan in Bezug auf die Leichtathletik? Braucht eine Schulanlage wirklich eine 60-m-Laufbahn? Oder müsste es nicht eher eine 80-m-Bahn sein (wie ursprünglich geplant). Ganz Allgemein wurde in der Kommission die Meinung vertreten, dass eine Laufbahn in einer Primarschulanlage ein Luxus sei, welcher man sich nicht leisten wolle. Lehrpersonen, welche Lauftraining auf Kurzstrecken machen wollen, könnten dies entweder auf der grossen Wiese machen oder dann zwei Turnstunden zusammenlegen und das Training auf der Sportanlage Buchholz machen. Dort sei die ganze Infrastruktur vorhanden. Es wurde bemerkt, werde die Wiese ja kaum benützt. Fussball werde vor allem auf dem Hartplatz gespielt. Ein Kommissionsmitglied bemerkte, dass auch schon die Primarschülerinnen und -schüler den „schnellsten Ustermer“ unter sich ausmachen würden. Da werde ja Kurzstrecken gerannt also wäre eine Laufbahn auf einer Primarschulanlage erwünscht. Gemäss Auskunft Primarschulpflege empfiehlt der Kanton Laufbahn-Anlagen auf Primarschulanlagen. In Uster hat aber nur gerade die Schulanlage Oberuster eine solche.
- Nachträglich hat die Primarschulpflege folgende Informationen nachgeliefert:
 - Der Lehrplan der Mittelstufe sieht vor, dass Schnell-Lauf geübt wird, insbesondere Start und Technik des Schnell-Laufes. Beides ist weder auf der Wiese noch auf dem geteerten Weg (neben der Schulanlage) möglich.
 - Die Schüler und Schülerinnen (Mittelstufe) der Schulanlage Oberuster haben auf dem Schulgelände eine Laufbahn zur Verfügung.

- Diejenigen der Schulanlagen Hasenbühl und Gschwader sind in der Nähe vom Buchholz und können jeweils in der Pause ins Buchholz verschieben, so dass Turnstunden mit Leichtathletik-Unterricht im Buchholz durchführbar sind.
- Diejenigen der Schulanlage Nänikon haben in unmittelbarer Nähe eine Oberstufen-Schulanlage bei der sie die Laufbahn benützen dürfen.
- Die Schulanlagen Pünt, Niederuster und Talacker haben bisher keine Möglichkeit Weitsprung und Schnell-Lauf zu üben; mit der vorgesehenen Anlage in der Schulanlage Talacker hätten diese drei Schulanlagen mit rund 600 – 700 Mittelstufenschüler(innen) ebenfalls die Möglichkeit, dem Lehrplan nachzukommen.
- Die Mittelstufe Talacker verbringt jeweils einen Tag pro Jahr, den so genannten Sporttag, in der Sportanlage Buchholz. Dieser Sporttag dient jedoch dazu, den Schülern Noten zu verteilen; sie müssten also vorher die verschiedenen Leichtathletik-Disziplinen geübt haben können.
- Die Mehrheit der Kommission vertrat dann die Ansicht, dass der Kredit zu hoch bemessen sei und man auch mit weniger Geld gleich viel erreichen könne.

Schlussendlich wurde ein Kürzungsantrag eingebracht: der Kredit soll von Fr. 435' auf Fr. 300' gekürzt werden.

Die Kommission stimmte in der Folge mit 5 : 4 Stimmen dem Kürzungsantrag zu und empfiehlt dem Gemeinderat mit 5 : 4 Stimmen, dem gekürzten Kredit zuzustimmen.

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert Stefan Lehmann.

Antrag Primarschulpflege Nr. 133 betreffend Schulaussenanlagen Talacker, Ergänzung

Sehr geehrter Herr Präsident
geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Rat
sehr geehrte Damen und Herren

Die RPK hat vor einer Woche über diese Vorlage beraten. Aufgrund des knappen Ergebnisses in der Sachkommission KBK habe ich die Vertreter der Schulpflege Frau Sabine Wettstein und Herr Paul Kunz sowie die Schulleiterin Frau Ann Scholl zur Sitzung eingeladen.

Mein Vorredner Walter Meier hat die Details bereits sehr ausführlich erwähnt. Ich beschränke mich auf die wichtigsten Gegebenheiten aus finanzieller Sicht und die Voten aus der RPK.

Ursprünglich war das Geschäft mit CHF 250'000.-- als gebundene Ausgabe im Budget des laufenden Jahres aufgeführt. Durch die nun zusätzliche Investition in eine 60m-Sprintbahn ändert sich der Kompetenzträger von der Primarschulpflege zum Gemeinderat.

Von der Schulleitung wurde festgehalten, dass die Lernziele in der Mittelstufe für die Leichtathletik in Form von Starten und Sprinten sowie der Weitsprung vorgegeben sind. Die bisherigen Improvisationen wären schwierig und die Trainingsmöglichkeiten auf einer neuen Laufbahn würden klar verbessert. Als Herausforderung sei „Die schnellste Uschtermer Klass“ als Wettkampf anzusehen. Die Verschiebungen zum Buchholz sind nicht möglich, da zuviel Zeit verloren geht. Die Schulleitung Talacker erwähnt weiter, dass mit einer Laufbahn auch die Kinder aus den Schulhäusern Niederuster und Pünt entsprechende Trainingsmöglichkeiten erhalten würde.

Schliesslich wurde der Kürzungsantrag um CHF 135'000.-- auf CHF 300'000.-- analog der KBK gestellt und mit 4 : 3 Stimmen angenommen.

Der Kostenfaktor von > CHF 2'000.-- pro m²-Laufbahn sei unverhältnismässig und die Benützungintensität neben der eigentlichen Schulstunden viel zu tief. Auch für die Gegnerschaft ist die Bewegung der Jugendlichen wichtig. Allerdings halten sich diese in der Freizeit nicht auf der Laufbahn auf, sondern eher im Bereich des Hartplatzes um Basket- oder Fussball zu spielen. Dies sei die Priorität bei der Sanierung und nicht die Laufbahn.

Von der Kommissionsminderheit wurde gesagt, dass die Investition langfristig ist und die Kosten auf die Abschreibungsdauer unbedeutend sind. Die Kürzung sei unverständlich. Es sei je länger je wichtiger, die Jugendlichen im Bewegungsbereich zu fordern. Darauf wurde entgegnet, dass dies bis jetzt ja auch möglich war und andere Möglichkeiten auf der grossen Talacker-Anlage bestehen. Die Investition ist als wünschbar und nicht zwingend einzustufen.

Wie erwähnt, der Kürzungsantrag wurde angenommen, wobei die bewilligten Mittel für die Sanierung des Platzes und das neue Aussenzimmers zu verwenden sei.

Dem Geschäft auf einer Investitionsbasis von CHF 300'000.-- (gegenüber CHF 250' in der Planung) wurde mit 4 : 3 Stimmen von Seiten RPK zugestimmt.

Sabine Wettstein erläutert die Sicht der Primarschulpflege:

Der Sachverhalt wurde ausführlich dargelegt. Die PSP ist sich sehr wohl bewusst, dass der ursprünglich vorgesehene Betrag nicht eingehalten wird. Durch die neue Aussenanlage wird ein bedeutender Mehrwert geschaffen und dabei auch auf die Bedürfnisse der Schulanlage eingegangen. Bei der Laufbahn wurde das möglich Sparpotenzial genützt indem von 80m auf 60m verkürzt wurde. 80m wären kein Muss, werden aber bei den Schulhausbau-Richtlinien empfohlen. Mit der Laufbahn kann die Primarschule die Vorgaben für den Leichtathletikunterricht und der Sicherheit erfüllen. Die Öffnung der Aussenanlagen ausserhalb der Schulzeit bedeuten auch einen Mehrwert für die Stadt Uster

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert Marianne Siegrist:

Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende

Die FDP/CVP-Fraktion unterstützt den Kürzungsantrag der Kommissionen. Die Kürzung auf Fr. 300'000, so wie dieser Betrag ursprünglich im Investitionsplan der Primarschule festgesetzt war, erscheint uns sinnvoll ja zwingend.

Grundsätzlich setzt sich die FDP ein für Investitionen in die Bildung. Wie wir alle wissen, stellt eine gute Bildung den Rohstoff unserer Volkswirtschaft dar.

Sport und Bewegung sind ebenfalls zu fördernde Themen. Als Ausgleich zu unserer kopflastigen Zeit und um unsere Gesundheit aufrecht zu erhalten. Sport ist ein Bestandteil unserer Kultur und in unserer bewegungsarmen Zeit, mit den zu vielen übergewichtigen Menschen, eine Notwendigkeit.

Weshalb sagen wir trotzdem Nein zum beantragten Betrag von Fr.435'000 für die Aussenanlage eines Schulhauses und sind für eine Kürzung auf Fr. 300'000?

Eine 60 m Laufbahn für ein Primarschulhaus ist für uns „Nice to Have“, stellt aber keine Notwendigkeit dar. Umso mehr, als Laufbahnen auch vom Kanton nicht vorgeschrieben sind. In dieser Schulanlage haben die Kinder hinreichende Möglichkeiten zu rennen, zu spielen und sich zu bewegen. Es ist eine Schulanlage mit viel Aussenflächen, Rasenflächen sowie Hartplatz.

Die Kosten dieser Laufbahn von Fr. 145'000 bringen uns zu wenig Gegenwert. Die Stadt Uster hat ein sehr gut ausgebautes Stadion Buchholz um Leichtathletik zu üben. Zugegebenermassen ist es nicht möglich, für eine Sportlektion dort hinauf zu fahren. Wenn zwei Lektionen aneinandergehängt werden, ist die Verschiebung einer Klasse ins Buchholz unserer Meinung nach aber möglich.

Diese Laufbahn ist eine Investition in Infrastruktur und zu wenig in direkte Bildung! Wir möchten die Steuergelder direkter dem einzelnen Kind zukommen lassen um es zu fördern und zu fordern.

Die beiden andern Inhalte des Antrags, das Aussenschulzimmer sowie der Gummibelag erscheinen uns sinnvoll und angemessen.

Aus diesen Gründen sind wir für Investitionen in die Aussenanlagen des Talackers von Fr. 300'000 und nicht der beantragten Fr. 435'000 – möglichst ohne Laufbahn.

Stellungnahme der SP-Fraktion, es referiert Claudia Geisenberger.

Geschätzter Präsident
Geschätzte Anwesende

Die SP-Fraktion bedauert, dass dieser Antrag des Stadtrates in den Kommissionen mit wenig Herzblut und Hartnäckigkeit vertreten wurde. So warten die KBK-Mitglieder bis heute auf die versprochenen Antworten ihrer gestellten Fragen. Und dass von der geplanten 60m-Bahn insgesamt drei Schuleinheiten profitieren könnten, wurde in der Sachkommission gar nicht erst erwähnt.

Wir freuen uns aber darüber, dass im Schulhaus Talacker künftig Unterricht im Freien in einem geeigneten Aussenschulzimmer möglich werden soll. Auch möchten wir uns dafür einsetzen, dass Sport bei Kindern und Jugendlichen gefördert wird und halten es für schlecht, dass die Schüler heute auf dem Trottoir trainieren müssen. So sollte es den Schülern und Lehrpersonen doch möglich werden, für Anlässe wie „Die schnellste Ustermer Schulklasse“ und „Der schnellste Ustermer“ unter realen Bedingungen zu trainieren. Wie viel Freude die Schüler an Leichtathletik haben, konnte dort gesehen und auch gehört werden.

Die SP-Fraktion wird den Kürzungsantrag der KBK ablehnen und unterstützt den Antrag des Stadtrates.

Stellungnahme der SVP-Fraktion, es referiert Ruedi Gysi.

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren

Gerade in der heutigen Zeit ist Schulsport ernst zu nehmen. Fast-food und vor dem Fernseher sitzen zeigen bei unserer Jugend deutliche Spuren. Es scheint uns wichtig, dass Sportanlagen zur Verfügung stehen, die mithelfen diesen Umstand zu beheben.

Die beim Schulhaus Talacker geplante Aussenanlage erfüllt daher eine wichtige Aufgabe.

Die SVP/EDU Fraktion ist aber der Meinung, dass diese Sportanlage nicht für ein Weltklasse-Meeting ausgebaut werden muss, sondern dem Schulsport dienen soll.

Laufdisziplinen können problemlos auf dem Rasen ausgeführt werden, daher braucht es keine teure Laufbahn. Die Bewegung und nicht die Tartanbahn sind wichtig.

Die SVP/EDU Fraktion unterstützt daher den Antrag für eine neue Aussenanlage, unterstützt aber auch den Antrag, dass der Gesamtkredit von Fr. 435'000.-- auf Fr. 300'000.-- gekürzt wird.

Thomas Wüthrich findet es befremdlich, wenn um einen läppischen Betrag gestritten wird. Da möchte man den Jugendlichen die Bewegungsmöglichkeit nicht geben. Es geht nicht um eine Lehrplannerfüllung und «nice to have». Aus seiner persönlichen Erfahrung weiss er, dass ein Lauftraining auf einer Tartanbahn völlig anders ist als auf einer Wiese. Durch ein professionelles Angebot kann die Freude am Sport, insbesondere am «Laufen» geweckt und gefördert werden. Er unterstützt den Antrag des Stadtrates.

Für die EVP/GLP-Fraktion referiert Walter Meier.

Sehr geehrter Präsident
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen

Die Primarschulpflege beantragt Fr. 435'000 für die Ergänzung der Aussenanlagen im Bereich der Schulanlage Talacker. Aus den Kommissionen kommen Kürzungsanträge, die 60-m-Laufbahn soll nicht gebaut werden. Dies ist die Absicht, auch wenn nicht genau gesagt wird, was denn die Primarschulpflege wirklich nicht bauen soll. Es geht immerhin um rund 700 Schülerinnen und Schüler, denen man verwehren will, in den Turnstunden wichtige Leichtathletik-Disziplinen üben zu können.

Die Primarschulpflege könnte, bei dieser Ausgangslage, auch so vorgehen: das Aussenschulzimmer und die 60-m-Laufbahn mit Weitsprunganlage neu erstellen. Dies müsste mit Fr. 300'000.— möglich sein. Das Spielfeld könnte im bisherigen Stil saniert werden, käme dann nicht in den Kredit, weil es gebundene Ausgaben wären.

Wir hätten einen – nicht ganz ernst gemeinten – Vorgehensvorschlag für die nächste Vorlage. Man nehme eine Kreditvorlage, die alles enthält, was sich die Primarschulpflege wünscht, mixte ein oder zwei Punkte hinein, die man nicht will und die etwas nach „Luxus“-Ausbau tönen. Diese neue Vorlage unterbreite man dem Parlament. In der Kommission werden die Luxus-Teile entdeckt und prompt gestrichen. Das Parlament schickt eine gekürzte Version an den Stadtrat zurück – und alle sind zu frieden: Das Parlament, weil ein man wieder einmal einen Kredit hat kürzen können und die Primarschulpflege, weil sie genau das hat, was sie wollte. In diesem Fall hätte das zum Beispiel so ausgesehen: zusätzlich hätte noch ein Schwimmteich projektiert werden müssen. Diesen hätte dann das Parlament streichen können und die Primarschulpflege hätte die Laufbahn mit Weitsprunganlage und ein Spielfeld, das nicht mit einer Teerung hätte saniert werden müssen.

Die EVP/GLP-Fraktion stimmt dem Antrag Nr. 133 in der Höhe von Fr. 435 000 zu und lehnt den Kürzungsantrag ab. Sollte der Kürzungsantrag durchkommen, lehnt die Fraktion den Antrag ab.

Abstimmung Kürzungsantrag:

Der Kürzungsantrag, von Fr. 435'000 auf Fr. 300'000, wird mit 17 : 15 Stimmen abgelehnt.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 17 : 15 Stimmen

- 1. Der Gesamtbaukredit von 435'000 Franken inkl. MwSt. für die Ergänzung der Aussenanlagen Primarschulhaus Talacker wird genehmigt.**
- 2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die erforderlichen Mittel auf dem Darlehensweg zu beschaffen.**
- 3. Mitteilung an die Primarschulpflege zum Vollzug.**

**6 Beantwortung Postulat Nr. 512 des Ratsmitgliedes Julia Amherd:
Unterstützung aller Sportvereine in Uster welche mit Kindern und Jugendlichen
trainieren**

Es referiert die Postulantin Julia Amherd.

Einleitung:

Was soll ich sagen: steter Tropfen höhlt den Stein? Gut Ding will Weile haben? Nicht verzagen und weitersagen: die Sportvereine in Uster brauchen Unterstützung?

Hauptteil:

Sie haben es erraten: die vorliegende Antwort genügt mir nicht. Daher stimme ich weder dem Bericht zu, noch bin ich mit dem Antrag auf Ablehnung einverstanden.

Zu kurz, zu leer, zu elegant scheint mir die Antwort, die auch als Abgang durch die Hintertür interpretiert werden kann.

Die Grundsätze der Jugendpolitik werden wir demnächst im Jugendkonzept nachlesen können. Klar, dass im Konzept nicht auf die von mir geforderten Unterstützungsmöglichkeiten eingegangen wird. Denn meine Forderungen gelten der direkten Umsetzungsebene und nicht der theoretischen Konstruktebene eines Konzeptes. Viel reden, viel schreiben. Aber wann endlich wird getan?

Sie erinnern sich: das nächste Fussballfieber ist kurz vor dem Ausbruch. Im Herbst 08 wird es wieder viele Kinder geben, die nicht im örtlichen Fussballverein aufgenommen werden können. Traurig die Kinder, frustriert die Eltern und die Vereinsvorstände. In der Zeitung wird das gleiche stehen wie nach der WM 06. Und so geht es weiter und weiter.

Abschluss:

Wie bereits erwähnt: steter Tropfen höhlt den Stein. Ich möchte den Stadtrat mit seiner gar kurzen Antwort nicht einfach so davon kommen lassen. Deshalb beantrage ich Ihnen, den Stadtrat zu einem Zusatzbericht zu verpflichten, in welchem er darlegen soll, wie er gedenkt, die Forderungen des Postulats im Rahmen des Jugendkonzeptes konkret umzusetzen. Erst dann wissen wir, ob den Forderungen des Postulats entsprochen wird und aufgrund dieser Basis können wir dann beurteilen, ob das Postulat als erfüllt abgeschrieben werden kann.

Ich bitte Sie dem Antrag für einen Ergänzungsbericht zuzustimmen.

Verschiebungsantrag, Walter Meier, EVP,

Sehr geehrter Präsident
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen

Der Stadtrat schreibt in seiner Postulatsantwort: Da die Forderungen der Postulantin im Rahmen des Jugendkonzeptes aufgearbeitet werden, beantragt der Stadtrat ... "(Zitat).

Die EVP/GLP-Fraktion geht davon aus, dass der Stadtrat im Jugendkonzept tatsächlich die Fragen von Julia Amherd beantwortet, den Gemeinderat also nicht anlügt. (Falls dies so wäre, würde der Stadtrat sich selber ein Eigentor schiessen).

Nun gehen aber offenbar die Meinungen, was im Jugendkonzept steht, auseinander. Die SP-Fraktion meint, dass im Jugendkonzept die aufgeworfenen Fragen beantwortet werden; wir gehen davon aus, dass sie das werden. Die Antwort, ob das Jugendkonzept die gestellten Fragen beantwortet, werden wir erst haben, wenn wir den Inhalt des Jugendkonzeptes kennen. Dieses scheint ja mehr oder weniger versandfertig zu sein. Es dürfte also nicht mehr allzu lange dauern, bis der Gemeinderat dieses zu Gesicht bekommt.

Aus diesem Grund beantrage ich, die Behandlung der Postulatsantwort um ein bis zwei Sitzungen zu verschieben (bis wir das Jugendkonzept erhalten haben). Dann können wir Fakten diskutieren. Falls das Jugendkonzept zu ungenau ist, wäre es dann immer noch möglich, einen Zusatzbericht zu verlangen.

Reto Dettli möchte den Verschiebungsantrag nicht unterstützen weil damit weiterhin keine klare Antwort vorliegen würde. Er sieht den Zeitpunkt auch als etwas ungünstig da das Jugendkonzept noch nicht richtig fertig ist. Das erarbeitete Jugendkonzept werde zudem der Öffentlichkeit präsentiert und nicht etwa dem Rat – dieser wird davon nicht Kenntnis nehmen oder dazu Stellung beziehen können. Entweder wolle der Rat über das Thema diskutieren oder nicht. Wenn der Rat wissen wolle, was Sache ist, dann bringe nur ein Ergänzungsbericht etwas. Im Klartext liege zur Zeit nur ein Vertreter, respektive eine «Nichtantwort» vor. Reto Dettli spricht sich klar dafür aus, dass der Rat die parlamentarischen Instrumente nützt und in diesem Fall einen Ergänzungsbericht verlangt. Er bittet, den Antrag zu unterstützen und den Verschiebungsantrag abzulehnen.

Der Stadtpräsident Martin Bornhauser nimmt zur Antwort des Stadtrates Stellung:

Antwort des Stadtrates auf das Postulat Amherd

Die Postulantin bat den Stadtrat zu prüfen, wie diejenigen Vereine, welche mit Kindern und Jugendlichen trainieren, zusätzlich unterstützt werden können. In unserer Postulatsantwort verweisen und vertrösten wir auf ein Jugendkonzept, das die «Jugendpolitik» der Stadt Uster umfassend definieren werde. Nun, die erwähnte Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit abgeschlossen. Sie hat einen Bericht zur «Jugendpolitik der Stadt Uster» zu Händen des Stadtrates verfasst. Dieser Bericht wurde im Stadtrat diskutiert und mit einer - jedoch gewichtigen - Änderung genehmigt.

Kurz zu diesem Bericht. Wir haben bewusst darauf verzichtet, einen ganzen Strauss von konkreten Massnahmen und Forderungen an die Politik und die Jugend aufzustellen. Wir sagen beispielsweise nicht, mit diesen oder jenen Massnahmen, wollen wir der Bewegungsarmut unserer Jugend entgegen wirken. Mit diesen oder jenen Massnahme wollen wir diejenigen Vereine fördern, welche mit Kindern und Jugendlichen trainieren. Mit diesen oder jenen Massnahmen, wollen wir erreichen, dass Gewalt an Sachen und Personen unterbleibt. Wir legen kein Rezeptbuch vor nach dem Motto: «So sozialisieren wir unsere Jugend!»

Im Bericht zeigen wir lediglich den Handlungsbedarf auf, also: «wo müssen wir handeln». Dann zeigen wir das strategische Wirkungsziel auf, also: «was wollen wir erreichen». Es folgen die normativen Grundsätze, die unser Handeln bestimmen sollen, also: «mit welcher Geisteshaltung gehen wir an die Aufgabe heran».

Die zu treffenden Massnahmen - also z.B. die Vereinsförderung -sollen nicht «auf einen Chlapf» umgesetzt werden, sondern schrittweise. Wann, auf welche Art, in welcher Reihenfolge und in welcher Intensität dies geschehen soll, das soll eine neu zu schaffende Jugendkommission erarbeiten. Die Resultate ihrer Arbeit soll sie dem Stadtrat schrittweise zum Entscheid und zum Vollzug vorlegen.

Eine, der noch zu konkretisierenden Massnahmen, ist die Förderung der Vereine, welche Kinder und Jugendliche trainieren. Vereine also, die wertvolle Sozialisationsarbeit leisten. Die heutigen Richtlinien für die Vereinsförderung bieten dazu keine rechtsgenügende Grundlage. Sie nennen als Unterstützungskriterien nur «Eigenleistung», «Selbstfinanzierung» und «öffentliches Interesse». Das Kriterium «Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen» wird nicht explizit genannt. Die Jugendkommission wird also den Auftrag erhalten praktikable Systeme aufzuzeigen, mit welchen Vereine, die offene Jugendarbeit und Sozialisationsarbeit leisten, zusätzlich und gezielt unterstützt werden können. Welcher Empfehlung der Arbeitsgruppe ist der Stadtrat nicht gefolgt: Eine Fachstelle Jugend - ähnlich der Fachstelle Kultur - hätte die Arbeit der Jugendkommission vorbereiten, begleiten, protokollieren und nachbereiten sollen. Sie hätte Anlaufstelle für die Jugend, für Jugendfragen und Projekte sein sollen. Sie hätte die vielfältigen Aktivitäten der verschiedenen Abteilungen der Stadt, der Oberstufenschulgemeinde, der Kirchen, der kantonalen Stellen und privaten Institutionen bündeln sollen. Diese Fachstelle wurde vom Stadtrat - aus Spargründen - abgelehnt. Vorerst soll nun einmal die Jugendkommission gebildet werden und ihre Arbeit aufnehmen.

Der Ratspräsident **Werner Hürlimann** entscheidet, das Traktandum nicht zu verschieben.

Daniel Hunziker wirft ein, ein Ordnungsantrag müsse immer sofort behandelt werden, wenn er gestellt werde. Im weiteren fordert er auch einen Ergänzungsbericht und will damit fundiert über das Konzept reden können.

Thomas Wüthrich bezieht sich auf die Ausführungen des Stadtpräsidenten zum Jugendkonzept und die darin enthaltene Analyse, Handlungsbedarf und Wirkungsziele. Diese Inhalte seien noch keine Handlungsanleitung. Er begrüsse die Einsetzung einer Jugendkommission; nach deren Arbeitsaufnahme verginge jedoch noch eine ganze Weile, bis eine praktikable Lösung aufgezeigt und umgesetzt werden könne. Die Not in den Sportvereinen für Jugendliche sei jedoch akut und die Finanzen ein Dauerthema welches viel Energie brauche. Eine praktische Unterstützung finanzieller Art wäre notwendig. Die Freiwilligenarbeit in der Stadt Uster solle Wert geschätzt und dafür optimale Rahmenbedingungen geschaffen werden. Wichtig erscheint ihm eine konkrete Antwort zu diesem Problem.

Werner Egli besteht darauf, dass zuerst über den Ordnungsantrag (gem. § 28 der Geschäftsordnung des Gemeinderates) entschieden und dann erst die Diskussion weitergeführt werde.

Reto Dettli wünscht diesbezüglich eine Klärung. Eine Traktandenverschiebung könne nicht gemacht werden und deshalb solle über den Ergänzungsbericht verhandelt werden.

Werner Hürlimann entscheidet, dass der Verschiebungsantrag zu Beginn der Sitzung hätte behandelt werden sollen. Die Diskussion über den Ergänzungsbericht werde weitergeführt.

Werner Egli beantragt eine Verschiebung des ganzen Traktandums.

Martin Bornhauser bringt zwei Bemerkungen an: 1. könne verlangt werden, dass das Geschäft nochmals traktandiert werde oder 2. er könne den Antrag entgegen nehmen, dass der Stadtrat das Jugendkonzept in den Rat gebe.

Daniel Hunziker äussert sich dafür, dass weiter über das Jugendkonzept diskutiert werde. **Christian Wüthrich** bezieht sich auf die klaren Fragen von Julia Amherd. Er möge sich an Aussagen im Rat erinnern, dass vom Stadtrat zusätzliche Informationen eingeholt werden könnten – dann könne doch jetzt auch niemand im Rat gegen einen Ergänzungsbericht sein.

Rolf Denzler erinnert, dass bei der seinerzeitigen Überweisung das Interesse bestand, nicht nur die Sportvereine anzuschauen sondern auch andere Vereine welche Jugendarbeit machen. Wenn der Stadtrat diese Fragen im Jugendkonzept darlege, könne aus Sicht der SVP das Postulat als erledigt abgeschrieben werden. Die SVP/EVP-Fraktion unterstütze den Antrag für einen Ergänzungsbericht nicht.

Juli Amherd betont, dass ein steter Tropfen den Stein höhle - sie möchte klare Antworten auf ihre Fragen und bleibt damit beim Antrag für einen Ergänzungsbericht.

Stefan Lehmann findet es lächerlich so lang darüber zu diskutieren. Er schätze das Angebot des Stadtrates das Jugendkonzept dem Gemeinderat beizubringen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

**mit 18 : 14 Stimmen den Stadtrat zu beauftragen, dem Gemeinderat einen
Ergänzungsbericht vorzulegen.**

7 Beantwortung Postulat Nr. 516 des Ratsmitgliedes Benno Scherrer betreffend Schaffung einer Fussgängerzone in Usters Zentrum

Dieses Traktandum wurde auf Antrag vertagt und wird zusammen mit dem Antrag Nr. 136, Bericht des Stadtrates betreffend «Betriebs- und Gestaltungskonzept des öffentlichen und privaten Verkehrs im erweiterten Zentrum» behandelt.

8 Postulat Nr. 533 des Ratsmitglieds Elsbeth Hürlimann betreffend Überdachung der Stehrampe Stadion Buchholz

Begründung durch die Postulantin Elsbeth Hürlimann.

Geschätzter Präsident
Liebe Kolleginnen, Liebe Kollegen

Die Sanierung des Sportstadions geht schon fast dem Ende entgegen. Eine Sanierung war dringend notwendig und auch unumstritten. Ich habe jedoch nie verstanden weshalb nicht gleichzeitig auch eine Überdachung der Stehrampe in Angriff genommen wurde. Der Beton der Stehrampe war rissig und das Holz der Sitzbänke faul. Dieser Zustand ist sicherlich dem Alter der Anlage zuzuschreiben. Ich bin keine Baufachfrau, bin mir aber ganz sicher, dass der Umstand dass die Rampe vollumfänglich dem Wetter ausgesetzt ist, auch seinen Teil zu diesem Verschleiss beigetragen hat. Mit einer Überdachung kann man sicherlich einer schnelleren Abnutzung und einem schnelleren Verschleiss vorbeugen.

Gleichzeitig stellt eine Überdachung für die Benutzer der Anlage – ob Sportler oder Zuschauer – eine erhebliche, qualitative Verbesserung dar. Bis heute hat es nämlich auf der gesamten Anlage keinerlei Unterstand. Auf dem ganzen Areal kann keine Sporttasche im Trockenen deponiert werden. Bei Anlässen stehen alle Personen im Regen oder im prallen Sonnenschein.

Eine Überdachung stellt sicher keinen Luxus dar, sondern ist ein Schutz für die Bausubstanz und ganz sicher eine Qualitätsverbesserung für alle Benutzer.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie liebe Kolleginnen und Kollegen mein Anliegen zu unterstützen und das Postulat an den Stadtrat zu überweisen.

Reto Dettli betont, dass der Wunsch nach einer gedeckten Stehrampe im Zusammenhang mit der Sanierung gar nicht mehr möglich sei. Er stelle deshalb einen Ablehnungsantrag. Grundsätzlich stehe er einer Prüfung positiv gegenüber aber hier sei der Fall klar. Es ginge nicht um eine Investition in den Sport sondern in den «Regenschutz» der Zuschauer. Der Rat wolle kein Geld für Kinder im Sport investieren, dann sei eine Investition hier auch nicht angebracht. Ein Dach gehöre zum Wünschbaren.

Stellungnahme der EVP/GLP-Fraktion, es referiert Benno Scherrer.

Sehr geehrter Präsident
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen

Die EVP/GLP-Fraktion stellt einen Ablehnungsantrag

Wir haben vorher über eine Sportanlage diskutiert... und einige in diesem Rat glaubten, dass es am richtigen Ort gespart sei, wenn wir für unsere Schulkinder keine kurze Laufbahn erstellen.

Wenn es um die Frage geht, ob wir aktiven Sport – oder nur passiven Sport unterstützen sollen, dann ist für mich die Antwort klar...

Es gibt aber auch ein rein finanzielles Argument: wir können uns nicht alles leisten, und eine Überdachung der Stehrampe mag angenehm sein, notwendig ist sie aber nicht.

Ich war froh, dass ein solches Projekt bislang nicht aufgegriffen wurde.

Wir sagen auch deshalb schon jetzt klar nein, weil wir sonst Gefahr laufen, dass der Stadtrat uns den Vorwurf macht, der GR hätte den SR auf diesen Weg geschickt – und jetzt habe man schon so viel geplant...

Wir müssen uns ohnehin davor hüten, das Buchholz zu vergolden...und deshalb soll ja auch die neue Vorlage zu einem Kunstrasenfeld möglichst abgespeckt sein.

Nur eine Nichtüberweisung dieses Postulats setzt das richtige Zeichen.

Es geht nämlich nicht um die Frage Sport ja – oder nein (denn die Sportler stehen ohnehin im Wetter – zum Glück), sondern um die Frage „Notwendigkeit“ oder „Wunschbedarf“.

Wo die Antwort so klar ist, gibt es nichts zu prüfen.

Für **Thomas Wüthrich** als langjähriger Sportler ist eine Überdachung der Stehrampe schon nur wünschbar, aber trotzdem bei schlechtem Wetter sehr wichtig. Der Sport lebe auch mit und von den Zuschauern und ein Dach sei klar ein Vorteil und eine Form von Wertschätzung. Er unterstützt das Postulat – eine Prüfung lohne sich.

Ruedi Gysi stellt fest, dass die Sportler und Zuschauer heute bei Regen lediglich beim Kiosk etwas unter stehen können. Er bittet um Unterstützung des Postulats.

Christian Kellser bedauert, dass der Vorstoss so spät eingereicht wurde. Er hätte in die Projektphase gehört – und nicht jetzt wenn die Sanierung praktisch abgeschlossen sei. Eine Überdachung sei ein grosser technischer Aufwand. Zudem wäre die Öffnung gegen Westen und damit gegen die Wetterseite ausgerichtet und böte dementsprechend nicht den gewünschten Schutz. Eine Aufnahme in die Kostenplanung 2008 sei unrealistisch. Er schlägt vor, das Anliegen nicht im Rahmen des parl. Vorstosses weiter zu behandeln. Eine Abklärung müsste unabhängig vom Projekt gemacht werden.

Stadträtin **Esther Rickenbacher** informiert, dass der Stadtrat darüber beraten habe und der Meinung sei, dass Postulat müsse abgelehnt werden. Die Sanierung des Stadions sei praktisch abgeschlossen. Die in den 60er Jahren installierte Tribüne müsste gemäss Sportfachleuten auf der anderen Seite liegen. Eine Überdeckung der bestehenden Anlage brächte nicht den gewünschten Schutz vor Sonne, Wind und Regen. Für eine Überdeckung der rund 2000 Plätze müsste mit Kosten von schätzungsweise Fr. 750'000 gerechnet werden was unter den gegebenen Umständen als zu teuer erachtet wird. Nach Abklärung fanden in den letzten 30 Jahren nur etwa drei Anlässe statt, an denen die Tribüne voll war. Weiter fand vor Eingabe des Budgets Gespräche mit den Sportvereinen statt. Diese erachten eine Überdachung der Tribüne nicht als Vordringlich. Esther Rickenbacher empfiehlt aus diesen Gründen eine Ablehnung des Postulats.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 20 : 12 Stimmen das Postulat abzulehnen.

9 Postulat Nr. 534 des Ratsmitglieds Werner Hürlimann betreffend Radweg nach Freudwil

Die Sitzungsleitung übernimmt der Vizepräsident, Rudolf Locher.

Begründung des Postulanten Werner Hürlimann.

Referat Schulweg Freudwil

Von Freudwil führt die Freudwilerstrasse, eine kurvenreiche, unübersichtliche Strasse nach Uster. Ich habe anlässlich des Gemeinderatsausfluges vom vergangenen Samstag die Gelegenheit wahr genommen und den Teilnehmenden die Situation für die Schulkinder realistisch vor Augen geführt. Diese Strasse verläuft ca. 1 Kilometer durch den Wald. Für Velofahrerinnen und Velofahrer, insbesondere für Kinder, ist die Freudwilerstrasse als gefährlich zu bezeichnen. Die Freudwiler Schulkinder müssen diese Strasse ab der 4. Klasse täglich mehrmals befahren, da die Busverbindungen nicht immer auf die Schulzeiten abgestimmt sind jedoch der Schulweg für eine positive Gesundheitsentwicklung der Kinder nicht zu unterschätzen ist. Zum grossen Glück ist in all den Jahren den Schulkindern noch nichts gravierendes passiert. Die Freudwilerstrasse wird in den letzten Jahren auch immer mehr als Fahrradroute im Arbeits- und Freizeitverkehr genutzt. Mit der Zunahme des allgemeinen Verkehrsaufkommens wird die Situation auf der Freudwilerstrasse jedoch noch prekärer. Zudem plant die Stadt Uster in absehbarer Zeit eine Kiesausbeutung auf einem ihrer Grundstücke im Bereich dieser Strasse, was die Situation noch zusätzlich belasten wird.

Der Bau eines Radweges wäre daher dringend nötig. Aus topographischen und kostenmässigen Überlegungen wäre es sinnvoll, diesen auf der Ostseite der Strasse, von der Pfäffikerstrasse bis zum Dorfeingang von Freudwil zu realisieren.

Unterstützen Sie darum bitte mein Anliegen und überweisen das Postulat an den Stadtrat.

Benno Scherrer, GLP/EVP-Fraktion stellt einen Antrag auf Diskussion.

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag auf Diskussion mit 20 Stimmen zu.

Benno Scherrer referiert für die GLP/EVP-Fraktion.

Sehr geehrter Präsident
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen

Seit dem gelungenen Ratsausflug wissen alle (mindestens alle, die am interessanten Ausflug teilgenommen haben), wie gefährlich die Strasse nach Freudwil ist.

Es wissen nun auch alle, wie schön die Strasse nach Freudwil ist.

Wir von der glp/evp Fraktion sind auch sehr für eine Sicherung des Schulweges – und auch für eine Sicherung der schönen Veloverbindung.

Das Problem der Schulwegsicherheit ist uns bewusst – und wir wären die letzten, die wollen, dass die Eltern aus angst ihre Kinder mit dem Auto zur schule fahren.

Nur sind wir dagegen, dieses Problem teuer und mit dem Schlagen von Wald zu lösen.

Sie kennen die hässliche Schneise von Uster west nach Gutenswil auch – ich fahre mit dem Velo dort nur sehr selten – und höchst ungern – hoch.

Diese 1,2 km Veloweg (nach Zürcher Luxusausbau) kosteten 1 Mio., wobei etwa die Hälfte auf relativ einfachem Gelände gebaut werden konnte.

Die 1,5 km nach Freudwil im schwierigen Gelände werden sicher mindestens so viel kosten.

Wir bitten daher den Stadtrat, nicht nur „die Erstellung“ eines Radweges „entlang der Freudwilerstrasse“ zu prüfen, sondern in erster Linie „die Einrichtung“ einer sicheren Verbindung „auf der Freudwilerstrasse“.

unsere Vorschläge dazu:

- Fahrverbot – ausser für Anstösser (und für diese 140 Einwohner sollte die soziale Kontrolle spielen)
- Das Postauto könnte auch die vier Kurse am morgen von Uster nach Freudwil und die drei Kurse am Abend nach Uster über Wermatswil führen, und für Besucher und Gewerbe gibt es auch noch die Möglichkeit über die Winterthurerstrasse Richtung Gutenswil und dann dem Wald nach auszuweichen.
- Ebenfalls abgeklärt werden sollte, ob die Strasse nicht verschmälert werden kann – z.B. mit Pfosten, die einerseits einen sicheren, genügend breiten streifen für Velos schaffen, andererseits immer wieder Ausweichstellen bieten – schauen sie mal in Schottland, wie viel Verkehr auf einspurigen Strassen mit Ausweichstellen abgewickelt werden kann...

Wir hoffen, dass die Freudwiler Kinder – und Ustermer Ausflügler möglichst bald von einer sicheren, attraktiven Verbindung zwischen Uster und der schönen Aussenwacht profitieren können – ohne dass dafür Bäume gefällt werden müssen.

Die EVP/GLP-fraktion wird der Überweisung des Postulates zustimmen, hoffen aber sehr, dass der Stadtrat bei seiner Prüfung des Anliegens von W. Hürlimann unsere Überlegungen berücksichtigt.

Stellungnahme SP-Fraktion, Walter Strucken:

Postulat Hürlimann – Radweg Freudwil

Wir von der SP-Fraktion unterstützen dieses Postulat klar. Mein Heimweg nach Wermatswil führt ja nicht zwingend durch diese kurvenreiche und schöne Waldstrasse. Aber es kommt hin und wieder vor, dass mit dem Velo nicht gerade zu einer sportlichen Höchstleistung aufgelegt bin und deshalb die Technik der Gotthard-Kehrtunnels anwende, indem ich den Weg über die Strasse nach Freudwil wähle und so eine geringere Steigung zu bewältigen habe, auch wenn es dafür etwas länger dauert.

So konnte ich es immer wieder selber erleben, dass die Strasse für Velofahrer recht gefährlich ist. Kürzlich beobachtete ich, wie es die Schüler halten mit diesem Weg. Sie besammeln sich an der Waldecke, bevor die Strasse durch den Wald führt. Da wird noch geschwätzt (ich weiss nicht was, aber wahrscheinlich besprechen sie die Hausaufgaben). Wenn sie beisammen sind, fahren sie los. Am Anfang noch so wie sie es in der Verkehrserziehung gelernt haben, schön hintereinander. Aber dann (ich stelle mir, da kommt einem Kind in den Sinn, was es noch nicht gesagt) beginnen nebeneinander zu fahren und dann wird es echt gefährlich.

Wir denken, dass der Bau dieses Radweges eine sehr sinnvolle Investition ist und bitten auch die übrigen Ratsmitglieder, das Postulat zu unterstützen.

Stellungnahme FDP/CVP-Fraktion, Marianne Siegrist.

Die Fraktion unterstütze das Postulat. Die Schulkinder sollen einen gefahrenfreien Schulweg haben. Die FDP/CVP-Fraktion erwarte bei der Prüfung durch den Stadtrat, dass auch unkonventionelle Möglichkeiten, z.B. wie die einfache Abtrennung bei der Blindenholzstrasse, geprüft werden, um die Kosten im Rahmen zu halten. Ein weiterer Punkt welcher bei den Abklärungen berücksichtigt werden müsse, sei die Zufahrt für den geplanten Kiesabbau. Dieser bringe eine grosse Belastung für die Strasse und Gefahren für die Schulkinder sowie die übrigen Verkehrsteilnehmer.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Da kein Ablehnungsantrag gestellt wurde, gilt das Postulat als überwiesen.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 12. November 2007 statt.

Schluss der Sitzung 20:55 Uhr

Für das Protokoll Die Parlamentssekretärin
Kathrin Lackner

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

Datum Der Präsident
Werner Hürlimann

Datum Die Stimmzähler/innen:

Stefan Feldmann

Lennie Grob-Overdulve

Andres Kunz